

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig August 2016 Nr. 167

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA



NICHT VERPASSEN: NEIN ZUM NDG AM 25. SEPTEMBER 2016!



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Unsere Zeitungen sind stets voll mit Berichten über Kriege und bewaffnete Konflikte – doch diese scheinen jeweils ziemlich weit weg von uns geführt zu werden. Ausserdem gilt die Schweiz vielen als neutraler und sicherer Hafen. Aber auch wenn gewisse Ereignisse zumindest geografisch betrachtet fern von uns geschehen, so ist die Welt heutzutage sehr viel vernetzter als wir zunächst glauben wollen. Gerade die Schweiz nimmt wirtschaftlich globalen Einfluss und befeuert selbst Kriege und bewaffnete Konflikte auf den unterschiedlichsten Ebenen. Kriegsmaterialexporte und direkte Investitionen in Rüstungsfirmen auf der ganzen Welt sind dabei nur zwei der Verbindungen, die sich zwischen der ach-so-neutralen Schweiz und verschiedensten Konfliktparteien ziehen lassen.

Einen dieser Punkte geht die GSoA derzeit an. Wir sagen der Finanzierung von Kriegsgeschäften den Kampf an – zunächst auf kommunaler, bald auf nationaler Ebene. Zwei der kommunalen Initiativen werden Dir dabei auf der Seite 4 dieser Zeitung vorgestellt: Luzern und St. Gallen. Ausserdem gibt es auf der Seite 5 einen Artikel, der diverse Fragen zur Umsetzbarkeit der Initiativen beantwortet.

Einen zweiten zentralen Inhalt bildet die bevorstehende Abstimmung zum neuen Nachrichtendienstgesetz. Auf der Seite 3 findest Du einen ausführlichen Artikel dazu. Die darin enthaltenen Argumente sollten demonstrieren, warum Du es auf gar keinen Fall versäumen solltest, am 25. September ein Nein in die Urne zu legen. Verhindern wir gemeinsam, dass die Schweiz zu einem Überwachungsstaat mutiert! Auf der Seite 6 widmen wir uns dem Armeebudget und der damit verbundenen Verschwendung unserer Steuergelder. Wir verschaffen Dir ausserdem einen Überblick über die derzeitige Diskussion um die Einführung der Wehrpflicht für Frauen und zeichnen den Hacker-Angriff auf die Ruag nach. Auf der Seite 7 findest Du dann Informationen zum Stillstand der weltweiten nuklearen Abrüstungsbestrebungen und zur grössten Nato-Übung seit Ende des Kalten Krieges.

Für das Redaktionsteam: Daniela Fischer



Foto links: Magdalena Küng und Sebastian Büchler
Foto rechts: Eva Krattiger

PERSONEN

Grosser Wechsel im GSoA-Seki

Neben den kommenden neuen Initiativen erwartet die GSoA auch sekretariatsintern neue Impulse. Mit Bedauern verabschieden wir diesen Sommer vier SekretärInnen, heissen aber gleichzeitig ihre NachfolgerInnen herzlich willkommen.

Von Nora Komposch

Dass der Zwang des Staatsdienstes die Lebensplanung von Schweizer Männern äussert ungünstig verbiegen kann, zeigt sich nun auch im GSoA-Sekretariat. Nur ungern verabschieden wir uns von **Thomas Leibundgut**, der seinen Zivildienst nicht mehr länger verschieben kann. Nach eineinhalb Jahren im Berner Seki begann er diesen Juli die Zivi-Stelle bei der SAJV. Seine Nachfolge tritt **Eva Krattiger** an. Eva studiert Geographie und Sozialwissenschaften an der Uni Bern. Durch ihre Arbeit als Co-Präsidentin der Fachschaft sowie durch ihr Engagement in der Regionalgruppe Bern von PublicEye (früher «Erklärung von Bern») bringt sie viel Erfahrung mit ins Seki.

Mélanie Glayre arbeitete seit der Fusion zwischen GSsA und GSoA 2015 im Sekretariat der Romandie. Dank Mélanies Organisations- und Übersetzungstalent wurde der organisatorische Röstigraben Stück für Stück weiter abgebaut. Da sich die Sekretariatsarbeit zeitlich nicht mehr mit ihrer gewerkschaftlichen Arbeit kombinieren liess, verliess Mélanie das Seki Ende Juni.

Im Zürcher Sekretariat gibt es diesen Sommer gleich zwei Wechsel. Nach zweieinhalb Jahren verlässt **Meret Schneider**, ein regelrechtes Know-How-Zentrum in der GSoA, das Sekretariat, um ihre Kräfte zu bündeln und ihr politisches Engagement bei den Jungen Grünen, im Gemeinderat Uster und bei Sentience Politics weiterzuführen. Die grüne Kraft im Sekretariat bleibt uns aber erhalten. Merets Nachfolge, **Magdalena Küng** ist grüne Einwohnerrätin von Wohlen AG und im Vorstand von Nie-Wieder-AKW Aargau. Daneben studiert sie Soziologie und Recht an der Uni Basel und engagiert sich im Migrationsbereich. Mit Magdalena bleiben zudem die Kantone Aargau und Basel im Seki vertreten, die bisher durch **Daniela Fischer** vertreten waren. Auch Daniela, die ganze vier Jahre tatkräftig und engagiert im Sekretariat gearbeitet hat, verlässt das Seki, um sich dem Endspurt ihres Geschichtsstudiums zu widmen. Als Verantwortliche der Redaktion der GSoA-Zeitung wird sie uns erfreulicherweise erhalten bleiben. Danielas Nachfolger heisst **Sebastian Büchler**. Sebastian studiert Politikwissenschaften an der Uni Zürich und ist ein langjähriges GSoA-Mitglied. Neben seiner gastronomischen Arbeit engagierte er sich jahrelang für die NGO Cuisine sans frontières. Daneben absolvierte Sebastian den kompletten Militärdienst und wird somit keine Probleme haben, mit eigenen Erfahrungsberichten die Sinnlosigkeit der Armee zu erläutern.

Bei allen abtretenden SekretärInnen bedanken wir uns herzlich für ihre tatkräftige und engagierte Arbeit und wünschen ihnen viel Glück und Erfolg für die Zukunft. Die neuen SekretärInnen heissen wir herzlich willkommen im Seki und freuen uns auf die gemeinsame Arbeit für ein Verbot von Kriegsgeschäften und viele weitere Projekte.

ENAAT

Gemeinsam aktiv gegen Waffenexporte

(af) Am Wochenende des 8. bis 10. Juli fand in London das jährliche Treffen des European network against arms trade (ENAAT) statt. Natürlich waren auch mehrere AktivistInnen der GSoA an diesem Treffen präsent. Den Auftakt bildete eine öffentliche Diskussionsveranstaltung, an der sich die Teilnehmenden vor allem über die im letzten Jahr rekordhohen Rüstungsexporte zahlreicher europäischer Länder (insbesondere Frankreich und Deutschland) austauschten. Ein weiteres brisantes Gesprächsthema war die immer weiter voranschreitende Aufrüstung im Nahen Osten. An den folgenden beiden Tagen widmete sich das Treffen vor allem Netzwerk-internen Diskussionen. Die Anwesenden aus den verschiedensten Regionen Europas stellten die Situation der Rüstungsindustrie und die skan-

dalösesten Exporte aus ihren Heimatländern vor. Sie berichteten von ihren aktuellsten Aktionen und Kampagnen und von den Reaktionen der Öffentlichkeit und der Rüstungskonzerne. Daneben ging es natürlich vor allem um die Auswirkungen der gemeinsamen EU-Richtlinie zum Rüstungsexport auf die nationalen Gesetzgebungen, das Lobbying der Rüstungsfirmen auf allen Ebenen sowie um die Organisation von Protesten gegen das Treffen der europäischen Verteidigungsagentur in Brüssel, das im kommenden November stattfinden wird. Im Anschluss an das ENAAT fanden unter dem Motto «War starts here» diverse Aktionen gegen die Waffenmesse in Farnborough statt. Der Austausch war für die Delegation der GSoA auch dieses Jahr wieder sehr bereichernd.

Inserat

Ein GSoA-Chor soll entstehen!

Die Palette der Friedens- und antimilitaristischen Lieder ist gross. Auch an möglichen Anlässen für Auftritte mangelt es nicht (GSoA-VV, Tagungen, Ostermarsch,...). Singfreudige Menschen mit Interesse sollen sich direkt bei Dieter Rooke (dieter.rooke@vtxmail.ch, 078 037 18 41, Kreuzimaadweg 20, 3812 Wilderswil) melden.

Dieter freut sich, von Dir zu hören!

NDG

Schnüffeln ohne Grenzen?

Das neue Nachrichtendienstgesetz (NDG), das am 25. September zur Abstimmung kommt, ist ein Angriff auf Freiheit und Grundrechte. Verdachtsunabhängige Massenüberwachung macht die Schweiz zum Schnüffelstaat und die Kooperation mit ausländischen Geheimdiensten birgt hohe Risiken. Die GSoA steht ein für ein klares Nein zum NDG. Von Lewin Lempert

Die Schweiz ist ein Land mit einer wenig ruhmreichen Geschichte, was die Überwachung und Fichierung von unbescholtenen BürgerInnen betrifft. Die erste grosse Fichenafläre flog 1989 auf, knapp eine Million Menschen wurden während Jahren und Jahrzehnten systematisch überwacht und fichiert. 2010 wiederholte sich das Ganze, wiederum wurden zahlreiche Menschen Opfer einer grundlosen staatlichen Überwachung. Als ob ParlamentarierInnen, Bundesangestellte und die Regierung aus diesem historischen Erbe der Schweiz nichts gelernt hätten, wurde im letzten Herbst ein neues Schnüffelgesetz verabschiedet. Der Geheimdienst soll zahlreiche neue Kompetenzen erhalten. Zum Glück gelang es einem kleinen, aber überaus schlagkräftigen Bündnis aus GSoA, Juso, SP, Grünen und Digitaler Gesellschaft die nötigen 50'000 Unterschriften zu sammeln, um eine Volksabstimmung über das NDG zu ermöglichen. Die BürgerInnen sollen selbst entscheiden können, ob ihre Privatsphäre in Zukunft verdachtsunabhängig verletzt werden soll.

Privatsphäre als Hauptargument?

In der heutigen Gesellschaft mutet es manchen komisch an, wenn sich Menschen für den Schutz der Privatsphäre einsetzen. Stellen wir nicht alle intimste Bilder auf Facebook, Twitter und Co.? Sind wir nicht längst freiwillig zum gläsernen Bürger geworden? Der Kampf um Grundrechte, wobei der Schutz der Privat-

sphäre zum innersten Kern dieser Rechte gehört, scheint in weiten Teilen der bürgerlich-liberalen, aber auch der linken Gemeinschaft vergessen. Dabei ist dieser Kampf wichtiger denn je. Staatliche Willkür ist näher als manche meinen. Die Türkei und ihre rasche Entwicklung hin zu einem totalitären Regime oder Ungarn mit seiner rechtsextremen Regierung sind Beispiele dafür. Aber auch einige unserer Nachbarländer wie zum Beispiel Frankreich oder Spanien erlassen mittlerweile Gesetze, welche die Meinungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit stark einschränken. In Frankreich gilt seit November 2015 permanent Notrecht. Ein Staat und insbesondere eine kaum kontrollierte staatliche Institution wie der Geheimdienst, der eine schier unüberblickbare Masse an Daten über die eigene Bevölkerung angehäuft hat, sind eine grosse Gefahr – das Missbrauchspotential enorm. Doch am neuen Nachrichtendienstgesetz ist nicht nur die damit legitimierte Datensammelwut problematisch, es sind vor allem auch die neuen Kompetenzen und Mittel, die dem Geheimdienst in die Hand gegeben würden.

Spitzel und Hausdurchsuchungen

Mit dem neuen NDG wären in Zukunft Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Beschluss erlaubt. Hier noch von Rechtsstaatlichkeit zu sprechen, gleicht einem schlechten Witz. Auch wären Spitzel, die in bestimmte Milieus eingeschleust werden, legalisiert. Dass beim deutschen Verfassungsschutz – dem Pendant zum Schweizer Geheimdienst – ebensolche Spitzel lieber mit Neonazis als mit staatlichen Behörden zusammengearbeitet haben, bleibt an dieser Stelle mal lieber unkommentiert. Doch neben all diesen einzelnen Kompetenzerweiterungen ist und bleibt die grösste Gefahr der grundlegende Systemwechsel in unserer Rechtsauffassung, der mit diesem neuen Gesetz vollzogen wird. Mit dem NDG tätigen

wir den Wechsel von einer Unschulds- hin zu einer Schuldvermutung. Wenn nämlich der Geheimdienst in Zukunft alle Menschen in der Schweiz massenüberwacht, dann bedeutet dies nichts anderes, als dass er davon ausgeht, dass potenziell alle schuldig sind – und zwar ohne den geringsten Tatverdacht.

Die Tür zu internationalen Militärbündnissen

Die neutrale Schweiz soll mit dem neuen Gesetz in Zukunft Cyber-Angriffe im Ausland durchführen können. Auch sollen Daten mit ausländischen Geheimdiensten ausgetauscht werden – sei es mit dem türkischen, dem amerikanischen oder dem deutschen Geheimdienst. Diese Kooperation birgt ein enormes Risiko, da andere Geheimdienste andere Messlatten haben und niemand kontrollieren kann, was mit diesen Daten dort geschieht. Wohlgermerkt:

Auch hier geht es nicht um den Austausch von Daten im Rahmen einer Strafverfolgung. Es geht um den Austausch von Daten, welche nicht dazu reichen, einen Tatverdacht zu konstruieren. Die Schweiz würde sich in sicherheitspolitischer Sicht noch klarer auf eine Seite schlagen, als sie es ohnehin schon tut. Damit wird sie einerseits zur Zielscheibe und andererseits wäre die Tradition der neutralen diplomatischen Konfliktlösung gefährdet. Kurz: Bei dieser Abstimmung geht es nicht darum, ob wir das Gefühl haben, nichts zu verbergen zu haben. Es geht auch nicht darum, dass in Zukunft unsere Facebook-Bilder dem Nachrichtendienst zur Verfügung stehen. Es geht darum, unseren Rechtsstaat und unser Rechtsverständnis zu verteidigen. Es geht darum, Grundrechte und Freiheit hochzuhalten. Darum müssen wir dieses Gesetz ablehnen – mit Überzeugung.



Wir sagen Nein zum neuen Nachrichtendienstgesetz!

«Keine Ausweitung der Überwachung von Bürgerinnen und Bürgern – wir brauchen keinen neuen Fichenskandal.»

Tanja Soland
Anwältin, wurde 2008 fichiert



«Fichierung auf Vorrat stellt alle Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht. Auch in der digitalen Ära müssen wir uns für eine konsequente und entmilitarisierte Sicherheitspolitik einsetzen. Das neue Nachrichtendienstgesetz macht dies aber unmöglich. Darum müssen wir es bekämpfen!»

Amanda Gavilanes
Stadträtin in Genf und Sekretärin GSoA

«Das Bedenklichste ist für mich, dass bei Auskunftsbegehren jeder Rechtsschutz ausgeschlossen wird. Das nimmt Zehntausenden von Menschen die Möglichkeit, sich zu wehren.»

Rainer J. Schweizer
em. Prof. für Staats- und Völkerrecht



FINANZIERUNGS-INITIATIVEN

Gegen Kriegsgeschäfte in Schweizer Städten

(nk) An der letzten Vollversammlung im April 2016 beschloss die GSoA die Lancierung von verschiedenen kommunalen Initiativen im Sommer 2016 sowie die Lancierung einer nationalen Initiative im Frühjahr 2017. Seither haben GSoA-AktivistInnen viel Recherche geleistet und mit unseren Bündnispartnern sowie mit diversen Pensionskassen, Banken und Finanzberatungsfirmen intensive Gespräche

geführt. Die Entwicklungen in den verschiedenen Städten verliefen sehr unterschiedlich. Ganz nach dem Prinzip des Föderalismus unterscheiden sich in der Schweiz die Möglichkeiten einer Gesetzesänderung, welche Kriegsgeschäfte der jeweiligen Pensionskassen verbieten sollen, je nach Gemeinde stark. So ist es auch nicht verwunderlich, dass unsere kommunalen Projekte seit der Vollversammlung

verschiedene Entwicklungen durchlaufen haben. In mehreren Städten laufen zum Zeitpunkt des Druckes dieser Zeitung die Abklärungen bezüglich der Initiative weiterhin auf Hochtouren. In welcher Form wir ein Verbot dort von Kriegsgeschäften einfordern werden, steht noch offen. Anders sieht es in den Städten Luzern und St. Gallen aus. In den nachfolgenden Artikeln gehen wir näher auf die bei-

den Städte ein. Parallel zur Planung der Initiativen wurden in verschiedenen Städten und Kantonen bereits Vorstösse in den jeweiligen Parlamenten eingereicht, beispielweise in der Stadt Bern und im Kanton Bern. Die Debatte rund um Investitionen von Schweizer Pensionskassen und Banken in die Rüstungsindustrie wird also immer breiter geführt, was für die nationale Initiative im nächsten Jahr sehr hilfreich sein wird.

LUZERN

Gegen Luzerner Kriegsgeschäfte

Ende Juli haben wir die Initiative «Für ein Verbot von Luzerner Kriegsgeschäften» gestartet. Es ist höchste Zeit, die Diskussion über Investitionen in die Rüstungsindustrie auch in der Stadt Luzern zu lancieren.
Von Magdalena Küng

Luzern ist eine der führenden Tourismusstädte der Schweiz. Die spektakuläre Lage, umgeben von Bergen und direkt am See, aber auch der starke Bezug zu Innerschweizer Traditionen und Brauchtum machen Luzern für ausländische wie einheimische Touristen attraktiv. Auch als Wohn-, Arbeits- und Bildungsort strebt Luzern gute Noten an: lebendige Quartiere, attraktive öffentliche Orte, vielfältiges Wohnangebot, qualitativ hochstehende Kultur-, Sport- und Freizeitangebote, Integration, Nachhaltigkeit und hervorragende wirtschaftliche Rahmenbedingungen sind nur einige der Stichworte, welche die Gesamtplanung 2016 bis 2020 der Stadt Luzern definieren.

Es sind keineswegs zu ambitionierte Ziele. Luzern ist, wie viele andere Städte ebenfalls, auf bestem Wege, sich als moderne, verantwortungsvolle und inkludierende Gemeinde zu gestalten. Geht es aber um Finanzgeschäfte, verhält es sich mit Luzerns Positionen und Ansprüchen offenbar ganz anders. Dass Geldanlagen oft in Fonds investiert werden, welche beispielsweise auch für das Fördern von fossilen Energieträgern und damit umweltschädlich eingesetzt werden, ist mehrheitlich bekannt. Die Thematik der Investitionen in verbotenes Kriegsmaterial wird hingegen selten diskutiert.

Viele handelsübliche Anlageprodukte indizieren Unternehmen, welche ausschliesslich oder teilweise auf die Produktion von Waffen und Rüstungsgütern spezialisiert sind. Seien es Banken, Pensionskassen oder Versicherungen: Der Ausschluss von solchen Unternehmen in der Anlagestrategie des zu verwaltem Vermögens wird auch in der Gemeinde Luzern kaum je angedacht.

Zu einer Stadt, die BesucherInnen aus aller Welt empfängt und begeistert und sich das solidarische Zusammenleben gross in ihr Leitbild geschrieben hat, scheinen Anlagen in der Rüstungsindustrie aber irgendwie nicht ganz zu passen. Warum nicht? Weil das Mitfinanzieren von verbotenen Waffen und Kriegsmaterial, egal wie passiv es geschehen mag, nicht vereinbar ist mit dem Bild einer modernen und verantwortungsvollen Gemeinde.

Am 23. Juli hat die GSoA zusammen mit Vertreterinnen der JUSO, der SP und den Jungen Grünen Luzern die Initiative «Für ein Verbot von Luzerner Kriegsgeschäften» eingereicht. Sinn und Zweck der Vorlage ist ein Verbot von direkten und indirekten Finanzinvestitionen in geächtetes Kriegsmaterial. Das Gesetz soll sowohl für die Stadt Luzern selbst, als auch für ihre selbstständigen öffentlich-rechtlichen Stiftungen und Anstalten gelten. Auf Anfrage bei der Pensionskasse der Stadt Luzern hat die GSoA keine Antwort erhalten. So sind keine genauen Zahlen bekannt, was die Anlagen der Pensionskasse der Stadt Luzern in die Rüstungsindustrie betrifft. Aufgrund der fehlenden Ausschlusskriterien lan-

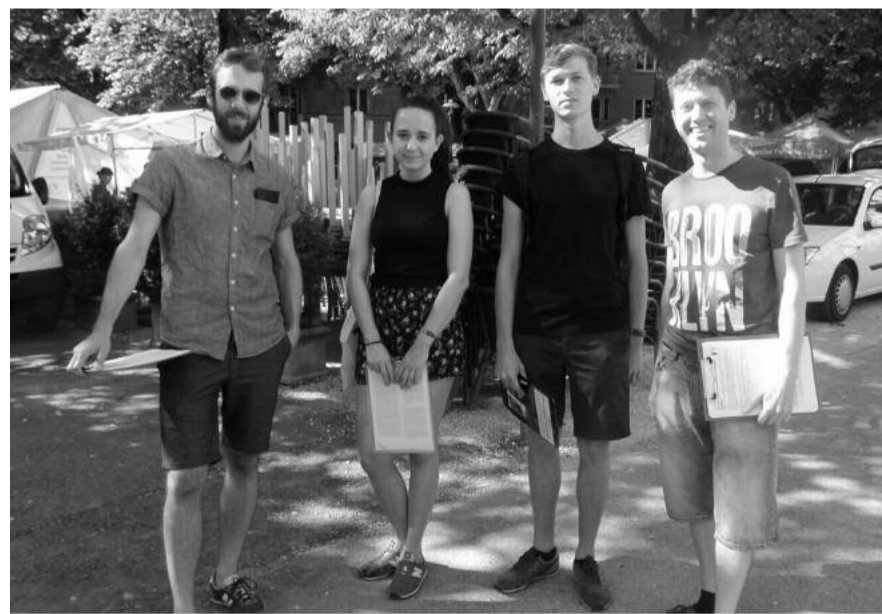
det jedoch ein Teil des angelegten Geldes dort. Sozial und ökologisch nachhaltige Fonds können problemlos geschaffen werden und sind auf dem Markt auch schon vorhanden. Da bisher kein national geltendes Verbot für solche Investitionen existiert, können die VermögensverwalterInnen diese Problematik momentan ganz einfach ignorieren. Dies, obwohl beispielsweise der sozialverträgliche Index des MSCI, welcher Rüstungsindustrie ausschliesst, über die Jahre eine höhere Rendite aufweist als seine «Normalvariante».

Der Verzicht auf die betroffenen Anlageprodukte wäre nicht nur politisch ein starkes Zeichen: Jeder Rappen weniger, den die Waffenindustrie einsetzen kann, ist ein Rappen mehr für eine gewaltfreie Welt. Gemessen am Kapital einer Pensionskasse oder einer

lokalen Versicherung mag der Anteil an Aktionen, Obligationen, Fonds oder anderen Anlageprodukten verschwindend klein sein. Der Effekt auf der Empfängerseite wäre dennoch spürbar.

Das solidarische Zusammenleben, wie Luzern es in der eigenen Stadt fördern will, muss auch international gelten. Die aktuellen Kriege und bewaffneten Konflikte werden nicht nur teils mit Schweizer Kriegsmaterial gefochten. Die Schweiz finanziert auch die Waffenproduktion anderer Länder kräftig mit.

Gerade bei Pensionskassen, die kein Eigenkapital, sondern die Beiträge ihrer Versicherten anlegen, ist dies besonders stossend. Die GSoA ist überzeugt: Pensionskassen können die Vermögen ihrer Versicherten ohne blutige Investitionen genauso gewinnbringend anlegen.



Zusammen mit der Juso sammelt die Regionalgruppe Luzern Unterschriften gegen Luzerner Kriegsgeschäfte.

ST. GALLEN

Gegen St. Galler Kriegsgeschäfte

Wir werden die Initiative «Für ein Verbot von St. Galler Kriegsgeschäften» voraussichtlich Ende August einreichen und so die Forderung nach ethisch vertretbaren Anlagestrategien auch in St. Gallen auf die Strasse tragen. Von Michael Christen

St. Gallen gilt als das wirtschaftliche Zentrum der Ostschweiz. Mit dem Hauptsitz der Raiffeisen Bank, der Notenstein Privatbank und der Helvetia Versicherung haben drei bedeutende Schweizer Finanzinstitute hier ihren Sitz. Die Stadt beherbergt ausserdem die Universität St. Gallen, eine der führenden Wirtschaftshochschulen Europas, welche viele ausländische Studierende und Dozierende

anzieht. Dies sind ideale Voraussetzungen um auf unser Anliegen der rüstungsfreien Geldanlagen aufmerksam zu machen.

Die Pensionskasse Stadt St. Gallen wollte uns leider auch nach mehrmaligem Nachfragen keine Auskunft über ihre Anlagestrategie geben. Deshalb sind keine genauen Zahlen über die Investitionen in die Rüstungsindustrie vorhanden. Gemäss den veröffentlichten Geschäftsberichten der Pensionskasse legt die Pensionskasse der Stadt St. Gallen das einbezahlte Geld der versicherten Personen zumindest indirekt in Kriegsmaterial an.

Aus diesem Grund organisierte sich in den letzten Monaten ein Bündnis, welches die kommunale Initiative «Für ein Verbot von St. Galler

Kriegsgeschäften» zum Erfolg führen soll. Dem Bündnis gehören nebst VertreterInnen der GSoA auch Menschen aus verschiedenen Parteien an, wie den Grünen und Jungen Grünen, der SP und JUSO sowie aus verschiedenen lokalen Organisationen, unter anderem aus der Aktion Zunder.

Die Vorlage ist so ausgestaltet, dass sie ein Verbot von direkten und indirekten Investitionen in Kriegsmaterial für die Pensionskasse Stadt St. Gallen fordert. Anders als beispielsweise in der Stadt Luzern ist das Finanzvermögen der Stadt St. Gallen von der Initiative nicht betroffen. Dies aus dem einfachen Grund, dass die Stadt ihr Vermögen bereits heute rüstungsfrei anlegt. Eine ethisch vertretbare Anlagestrategie wird also auch für die Pensionskasse der Stadt einfach umsetzbar sein.

Fragen über Fragen (und Antworten) zu den Kriegsgeschäft-Initiativen

Um wie viel Geld geht es?

In der Schweiz wurden per Anfang 2015 Vermögen im Wert von mehr als sechs Billionen Franken (genauer gesagt: 6'656'000'000'000 Franken) verwaltet. Alleine bei den Pensionskassen liegen Altersguthaben von gut 800 Milliarden Franken. Der Anteil der Rüstungsindustrie ist zwar anteilmässig nicht immens. In absoluten Zahlen investieren Schweizer VermögensverwalterInnen jedoch Milliarden in Firmen, die Nuklearwaffen, Streumunition und anderes Kriegsmaterial herstellen.

Wer investiert wie viel in Rüstungsfirmen?

Schätzungen beziffern die Investitionen von Schweizer Pensionskassen in die Rüstungsindustrie auf rund acht Milliarden, die Grossbanken sollen rund sieben Milliarden investieren. Eine weitere Milliarde hat die Schweizerische Nationalbank in der Waffenindustrie angelegt.

Wie gross ist der Anteil der Kriegsindustrie an meinem Pensionskassenvermögen?

Im Durchschnitt legen Schweizer Pensionskassen rund ein Prozent ihres Vermögens in Aktien und Obligationen von Unternehmen an, die Kriegsmaterial produzieren. Bei einigen Vorsorgeeinrichtungen sind es bis zu zwei Prozent.

Müssen Anleger auf Rendite verzichten, wenn sie auf Kriegsgeschäfte verzichten?

Es gibt zahlreiche Studien über die Rendite von nachhaltigen Anlagen. Es gibt keine Hinweise darauf, dass nachhaltige Investitionen zu einer schlechteren Rendite führen. Gewisse Studien bescheinigen nachhaltigen Anlagen bei gleicher Rendite jedoch sogar ein besseres Risikoprofil als traditionellen Anlagen.

Ist es überhaupt möglich, sein Vermögen rüstungsfrei anzulegen?

Ja. In der Schweiz werden bereits heute über 70 Milliarden Franken nachhaltig investiert. Der Markt für nachhaltige Investitionen wächst jedes Jahr um mehrere Milliarden Franken, wobei institutionelle Anleger einen immer grösseren Anteil ausmachen. Das wichtigste Ausschlusskriterium bei nachhaltigen Anlagen in der Schweiz ist bereits jetzt die Produktion von Waffen. Es gibt in der Schweiz mehr als hundert Aktien- und Obligationenfonds, die speziell dafür ausgelegt sind, dass sie keine Anteile an Waffenkonzernen enthalten.

Gibt es bereits Pensionskassen, die auf Investitionen in Rüstungsfirmen verzichten?

Es gibt verschiedene Pensionskassen, die entweder nur auf Investitionen in Produzenten von Nuklearwaffen und Streumunition, auf Investitionen in alle Rüstungsfirmen oder auf sämtliche unethischen Anlagen verzichten. Teilweise ist das ein fundamentaler Teil der Unternehmensphilosophie, zum Beispiel bei der Nest Sammelstiftung oder der Stiftung Abendrot. Andere Pensionskassen verzichten auf unethische Anlagen, da sie sich dadurch langfristig eine bessere Rendite erhoffen.

Steigen die Verwaltungsgebühren, wenn man sein Geld rüstungsfrei anlegen will?

KleinanlegerInnen kann es tatsächlich passieren, dass sie höhere Gebühren für die Verwaltung ihres Vermögens bezahlen müssen, wenn sie ihr Geld nachhaltig investieren wollen. Die Banken und VermögensverwalterInnen schlagen bisweilen eine gewisse Lifestyle-Prämie auf solche Produkte. Wenn es um grosse Beträge wie zum Beispiel bei Pensionskassen geht, sind die Unterschiede jedoch entweder minimal oder inexistent.

Müssen Pensionskassen aktiv alle Firmen kennen, in die sie investieren?

Nein, es gibt diverse Anbieter von Indizes und Fonds, welche den Anlegern diese Recherchearbeit abnehmen. Pensionskassen, die bisher passiv in Aktienindizes investiert hatten, könnten dies weiterhin, wenn die Initiativen durchkämen.

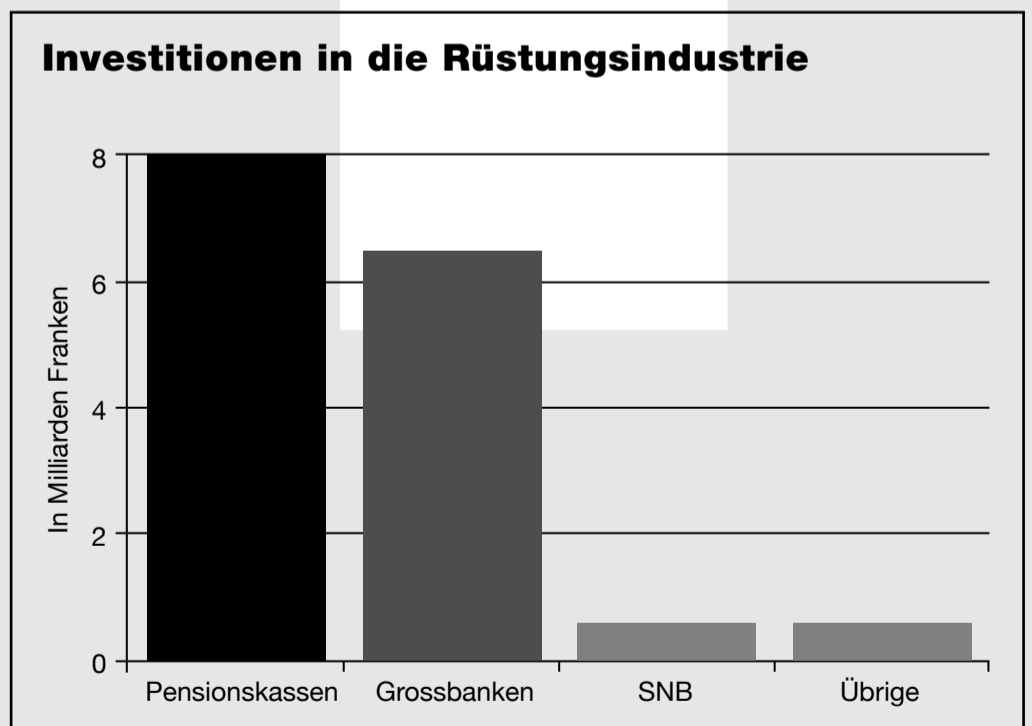
Wenn es so einfach und erst noch günstig ist, nachhaltig anzulegen, warum machen das nicht schon alle?

Es lässt sich grundsätzlich nicht vorhersagen, welche Anlagestrategie erfolgreich ist. In einem Jahr rentieren die Aktien von Rüstungsfirmen mehr, in einem anderen Jahr die Aktien von Bauunternehmen und in einem dritten Jahr die Obligationen von Grossbanken. Wenn die

Anlageverantwortlichen einer Pensionskasse etwas Neues ausprobieren, riskieren sie, für ihre Entscheide kritisiert zu werden, wenn die Aktienmärkte gerade auf die falsche Seite ausschlagen. Wenn sie jedoch das Vermögen ganz traditionell anlegen, müssen sie keine Kritik fürchten, egal wie die Rendite verläuft – alle anderen sind ja auch mitgegangen. Mit unseren Initiativen wollen wir Anreize setzen, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Wie sollen die Pensionskassen herausfinden, in welche Firmen sie nicht investieren sollen?

Bei der Formulierung der Initiativen achten wir darauf, dass die Ausschlusskriterien kompatibel mit internationalen Definitionen und Kontrollregimen sind. Auf diese Weise können die Pensionskassen auf diverse bestehende Negativlisten und Indizes zurückgreifen. Auch die Frage, ob Zulieferfirmen etc. von der Initiative betroffen wären, erübrigt sich damit.



ARMEESKANDALE

Lizenz zum Geldvernichten

Die Armee taumelt seit Jahren von Skandal zu Skandal. Beschaffungen von Informatiksystemen, die nie in Betrieb gehen. Panzer, die in Stollen versteckt werden und vergessen gehen. Führungsleute, die Medienvertreter verhöhnern und beschimpfen. Datenlecks in IT-Systemen. Die Aufzählung könnte beliebig verlängert werden.

Von Martin Parpan

Man sollte meinen, dass sich diese Endlosschleife an Skandalen insofern auf die Armee auswirken, dass die KritikerInnen der Armee Auftrieb erhalten und dass die Armee permanent unter Druck steht. Dies ist aber nicht der Fall. Fakt ist, dass die Armee seit dem Rechtsrutsch im Parlament nicht nur unter Denkmalschutz steht, sondern dass ihre Budgets gar erhöht werden. Wie lässt sich die Diskrepanz zwischen Leistung und Belohnung erklären? Die Schweizer Armee ist eine Institution, die ihre Daseinsberechtigung mit dem Konjunktiv rechtfertigt. «Es könnte ja sein, dass sich die Weltlage so verändert, dass wir auf einmal froh um die Armee wären.» Die Führungsriege der Armee und ihre Anhänger wissen sehr wohl, dass solche Konjunktiv-Szenarien schwierig werden, sobald die Gegenseite einfordert, dass sie diese nebulösen Szenarien konkretisieren. Welche Armee, bitteschön, könnte die Schweiz angreifen? Wie soll uns die Armee vor Terrorismus schützen? Weshalb sollte uns ausgerechnet die Armee gegen Cyberkriminalität schützen, wenn sie nicht einmal ihr eigenes System im Griff hat? Solche Diskussionen perma-

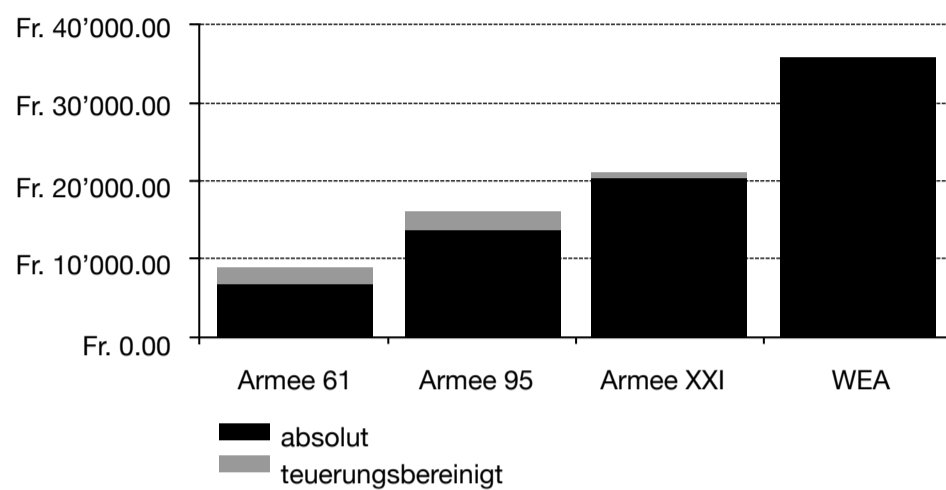
nent zu führen, schwächt die Armee. Das wissen auch die Bürgerlichen nur allzu gut. Die Fürsprecher des Militärs wollen die Armee folglich nicht an konkreten Taten und realen Szenarien messen, sondern ziehen es vor, die Institution der Armee an sich als Wert zu deklarieren. Die Armee nützt, weil sie da ist, so die Logik.

Füttert sie!

Bestes Beispiel dafür ist die kürzlich geführte Budgetdiskussion rund um ein neues Luftabwehrsystem (Bodluf). Nachdem der Bundesrat dessen Beschaffung gestoppt hatte, wurde das frei gewordene Geld nicht etwa zurückgegeben an den Bund, sondern es verblieb bei der Armee. Das Motto lautet: Wenn nicht Bodluf, dann halt sonst irgendetwas. Die Institution Armee muss gefüttert werden. Gross und teuer ist attraktiver als klein und billig.

Mit den derzeitigen Mehrheiten im Parlament ist es für die Armee noch einfacher geworden, sich in die Welt des Abstrakten und Nebulösen zu flüchten. Die Wirklichkeit muss sie nur am Rande interessieren. Geld kommt so oder so. Irgendeine Projektidee lässt sich immer finden. Dies ist denn auch der entscheidende Unterschied zu anderen Departementen. Diese haben sich tagtäglich mit der realen Welt zu beschäftigen. Verkehrspolitik, Krankenkassenprämien oder die AHV sind Themen im Hier und Jetzt. Es bleibt wenig Raum für Luftschlösser. Anders das VBS. Wir müssen somit annehmen, dass die Armee munter weitere Skandale produziert und dabei Milliarden vernichtet – frustrierend.

Jährliche Armeekosten pro Soldat



RUAG

Mit Sicherheit erschüttert

Der bundeseigene Rüstungsbetrieb Ruag, gemäss Eigenwerbung auch Cyber-Security-Spezialist, wurde Opfer eines Hackerangriffes. Das ist beispielhaft für die Probleme der Datensicherheit in der Schweiz – und hat Auswirkungen auf das neue Nachrichtendienstgesetz (NDG). Von Adi Feller

Der Begriff «Cyber» geistert durch viele Diskussionen. SicherheitspolitikerInnen aller Couleur sehen darin seit einigen Jahren eine neue permanente Bedrohung.

Die Analysestelle Informationssicherung des Bundes, Melani, veröffentlichte vor einigen Wochen eine ausserordentlich detaillierte Beschreibung des Angriffs auf die Ruag. Es lohnt sich, einen Blick darauf zu werfen. Über ein Jahr lang bemerkte niemand in der Ruag, dass jemand in ihre Systeme eingedrungen war, bis ein ausländischer Geheimdienst den Bund darauf aufmerksam machte. Bezeichnend ist, dass weiterhin völlig unklar ist, wie lange die Systeme ausspioniert wurden und was für Daten gestohlen wurden. Dies entgegen der Behauptung

der Ruag, dass klar sei, dass keine geheimen Daten (sondern nur vertrauliche) entwendet wurden.

Argument für jeden Zweck

Dafür will die Ruag nun kräftig in die eigene Sicherheit investieren und gleich auch wieder das Geschäftsfeld Cyber-Security, schneller als bisher geplant, ausbauen. Ob sich dafür jedoch Kunden finden werden, ist fraglich, denn die beste Werbung war der Vorfall für die Ruag sicherlich nicht. Erstaunlich ist, dass sogar Bundesrat Guy Parmelin an der Pressekonferenz für das NDG nun eben diesen Einbruch bei der Ruag als Argument verwendet. Als Lehre aus dem Fall zieht er, dass der Geheimdienst offensive Kapazitäten in diesem Bereich brauche, um solche Fälle zu verhindern und herauszufinden, wer dahinter steckt. Die Lehre ist eher, dass, wer sich grossartig als Experte positioniert, besser um die Wartung und Überwachung der eigenen Systeme kümmern sollte, anstatt ohne einen Schimmer zu haben über virtuelle Angriffskriege zu schwadronieren.

WEHRPFLICHT

Falsch verstandene Gleichberechtigung

Eine vom Bundesrat eingesetzte Studiengruppe empfiehlt, die Wehrpflicht auch auf Frauen auszudehnen. Was als Gleichberechtigung verkauft wird, ist in Wahrheit jedoch eine neuerliche Diskriminierung.

Von Thomas Leibundgut

Nach fast zwei Jahren veröffentlichte die Studiengruppe Dienstpflichtsystem im Juli ihren Bericht. Er hat es in sich: Künftig sollen auch Frauen Dienst leisten und Wehrpflichtersatz bezahlen.

Der gesamte Bericht geht von einer falschen Annahme aus: Im Zentrum stand nicht die Frage, ob das heutige System noch gegenwarts- und zukunftstauglich ist, sondern wie die bestehenden Institutionen in die Zukunft gerettet werden können. Nur so ist es zu er-

klären, dass die Studiengruppe an der Wehrpflicht festhalten und den Strafcharakter der anderthalbmal so langen Dauer des Zivildienstes beibehalten will. Und das, obwohl die UN-Menschenrechtskommission bereits 2003 empfohlen hat, die Dauer des Zivildienstes auf diejenige des Militärdienstes zu reduzieren.

Geist des Kalten Krieges

Dasselbe Denken, das die Armee zum Zentrum sämtlicher Überlegungen macht, zeigt sich auch bei der umstrittensten Empfehlung der Studiengruppe: Dass die Wehrpflicht auch auf Frauen ausgedehnt werden solle. Dieser Schritt sei angebracht, da die Armee so aus einem noch grösseren Reservoir genau die Leute in den Militärdienst zwingen könnte, die sie zur Besetzung ihrer Funktionen for-

dert. Die Studiengruppe versteht diese Neuerung denn auch als gerecht und gleichberechtigt, da so alle Schweizerinnen und Schweizer zum sinnlosen Dienst (oder der Wehrpflichtersatzabgabe) gezwungen würden.

Das Unrecht bleibt

Dies ist jedoch eine komplett falsch verstandene Gerechtigkeit oder gar Gleichberechtigung. Ein Unrecht (die Wehrpflicht) wird dadurch nicht gerecht, dass es auch noch anderen Personen angetan wird (durch eine Ausdehnung auf Frauen). Auch ist es keine Gleichberechtigung der Geschlechter, wenn trotz andernorts fehlender Gleichstellung neue Pflichten gefordert werden.

Auch heute ist es immer noch so, dass Frauen in vielen Lebensbereichen nicht dieselben fak-

tischen Rechte und Möglichkeiten haben, wie Männer. Frauen leisten heute sehr viel mehr (unbezahlte) Care-Arbeit als Männer. Arbeit und Familie sind nach wie vor nur schlecht miteinander vereinbar. Noch immer ist der Durchschnittslohn von Frauen fast 1000 Franken tiefer. 40 Prozent dieses Unterschiedes kann nicht mit Faktoren wie beruflicher Stellung, Berufserfahrung oder Ausbildung erklärt werden; der erwiesenermassen diskriminierende Lohnunterschied beträgt sogar über 8 Prozent.

Ganz zum Schluss des Berichts gibt denn auch die Studiengruppe selbst zu, dass sie ihren eigenen Vorschlägen nicht wirklich traut: «Die Gleichstellung von Mann und Frau ist auch in anderen Bereichen noch nicht erreicht. Vor diesem Hintergrund wäre es falsch, den Frauen zunächst weitere Pflichten aufzuerlegen.»

ATOMWAFFEN

Nukleare Abrüstung in kleinen Schritten

Die Vollversammlung der Uno hat der Konferenz über die Abrüstung mehrmals die Aufgabe anvertraut, eine Konvention über das Verbot von Nuklearwaffen zu verhandeln. Basis bildeten die bestehenden Konventionen betreffend biologischen und chemischen Waffen. Von Michel Monod

Der internationale Gerichtshof hat längst ein Urteil betreffend der Verwendung von Atomwaffen gefällt. Das Urteil hält fest, dass der Einsatz von Atomwaffen unverhältnismässig sei, jedoch sind sie im Fall der Bedrohung des Staates nicht total verboten. Artikel 6 des Atomwaffensperrvertrages besagt, dass die Atommächte ein Wettrüsten in gutem Glauben beenden müssen und eine nukleare Abrüstung anstreben sollen. Die Atommächte gehen im Rahmen der Abrüstungskonferenz lediglich in kleinen Schritten voran. Sie haben einen Vertrag zum Verbot von Atomwafferversuchen unterschrieben, aber dieser Vertrag wurde bisher nicht ratifiziert. Die Atommächte verzichten ebensowenig darauf, Laborversuche zu machen und immer kleinere Bomben zu konstruieren. Nichts bewegt sich auch bei der Frage des Verbots zur Produktion spaltbaren Materials. Die Atommächte sind immer

noch nicht bereit, ihre Vorräte zu vernichten, was die nicht-nuklearen Staaten verlangen. Abschliessend bräuchte es ein Verbot, Atomwaffen in der Erdumlaufbahn zu platzieren. Seit 15 Jahren trifft sich die Abrüstungskonferenz ohne Resultate im Bereich des Nuklearen. Die Verträge über Antipersonenminen und Streumunition wurden ausserhalb der Abrüstungskonferenz erreicht, da diese Konsensentscheide erfordert. Im Jahr 2014 fanden drei Konferenzen über humanitäre Konsequenzen von Atomexplosionen statt.

Mit dieser Blockade konfrontiert hat die Vollversammlung der Uno eine Arbeitsgruppe einberufen, welche auch für NGOs offen ist, um die Verhandlungen über Atomwaffen voranzutreiben. Die Arbeitsgruppe hat sich 2014 ohne Resultat getroffen. Dieses Jahr nun wird sie sich wieder treffen. Die zur Verhandlung stehenden Punkte sind:

1. Die zu beachtenden juristischen Voraussetzungen für ein Verbot der Verwendung dieser Waffen oder ihre Vernichtung.
2. Die Notwendigkeit der Transparenz betreffend die Anzahl und die Reichweite der Waffen.
3. Das Risiko einer Atomexplosion durch einen Unfall.
4. Die humanitären Konsequenzen im Fall einer Explosion.

Die Atommächte nahmen letztes Mal nicht an den Verhandlungen teil, weil sie meinen, dass der Artikel 6 des Atomwaffensperrvertrags sie genügend verpflichtet. Die Staaten, welche über Atomwaffen auf ihrem Grund lagern, nahmen nicht teil, weil sie meinen, dass nur die Abrüstungskonferenz einen Entscheid treffen kann, der alle Staaten verpflichtet.

Einige NGOs verlangen einen Vertrag zur totalen Vernichtung der Atomwaffen, andere schlagen ein Verbot der Verwendung als ersten

Schritt vor, sind aber nicht gegen eine totale Vernichtung der Waffen. Andere schlagen Teilverträge vor, über Nuklearversuche oder spaltbares Material ohne prioritäre Ordnung vor, aber im Sinn der totalen Abschaffung der Nuklearwaffen durch einen Vertrag.

Persönlich denke ich, dass ein Verbot der Verwendung dieser Waffen von den Atommächten akzeptiert werden könnte und dass dies Zeit verschafft, Teilverträge auszuhandeln, welche Vertrauen schaffen, um eine globale Abschaffung dieser Waffen zu ermöglichen. Als gewaltfreie Bewegung befürworten wir die gewaltfreie Lösung von Konflikten als Alternative zur militärischen Lösung, welche nur den Gewaltkreislauf nährt.



NATO

Das grösste Nato-Manöver seit Ende des Kalten Krieges

Im Juni 2016 fand in Polen das grösste Nato-Manöver seit dem Ende des Kalten Krieges statt. 31'000 Soldaten aus 24 Nato-Staaten und verbündeten Nationen übten im Rahmen der Übung «Anaconda 16» die Verteidigung Polens gegen einen «imaginären Feind aus dem Osten». Von Michael Christen

Insgesamt 3000 Fahrzeuge und Panzer, 105 Flugzeuge und Helikopter, zwölf Kriegsschiffe und 31'000 Soldaten wurden in Stellung gebracht, um die Ostgrenze der Nato gegen einen Angriff aus Ländern mit Fantasienamen wie Bothnia oder Torrike zu verteidigen. Die Übung begann mit dem Absprung von 2000 Fallschirmjägern in der polnischen Ortschaft Swidwin. Es ging darum, Territorien zu erobern und zu sichern. Zudem wurden unter anderem Flug- und Raketenübungen, der Umgang mit biologischen, chemischen oder nuklearen Bedrohungen sowie Hubschrauberangriffe bei Nacht geübt. Das Konzept der Übung «Anaconda 16» war nicht auf eine offizielle Kriegserklärung ausgelegt, sondern auf einen verdeckten Angriff. Gemäss dem Narrativ der Übung wurde Polen von der Ostsee aus von einer «roten Gruppe» attackiert.

Gleichzeitig sickerten bei der Übung nicht markierte Soldaten von Norden und Süden in Polen ein.

Man muss kein Militärexperte sein, um das Szenario der Übung zu verstehen. Sowohl bei dieser «roten Gruppe» als auch bei den nicht markierten Soldaten handelte es sich offensichtlich um russische Streitkräfte, die in Polen einmarschierten. Besonders perfide war die Anspielung auf die nicht markierten Spezialeinheiten, an deren grüner Uniform keine Hoheitsabzeichen zu sehen waren. Dies erinnert stark an die sogenannten «grünen Männchen», die im Jahre 2014 plötzlich auf der Krim auftauchten, sich «Selbstverteidiger der russischsprachigen Bevölkerung der Krim» nannten und Kasernen, Rathäuser und schliesslich sogar das Parlament besetzten.

Die Nato übte also einen Angriff Russlands auf Polen – und dies kurz vor dem Nato-Gipfel ebendort. Offiziell handelte es sich bei «Anaconda 16» zwar nicht um ein Nato-Manöver. Die Übungen «Anaconda 16» finden seit 2006 alle zwei Jahre als nationale polnische Manöver statt; 2014 waren gesamthaft ca. 13'000 polnische Soldaten involviert. Dieses Jahr entsandte alleine die USA 14'000 Soldaten. Die Botschaft ist leicht ersichtlich und

wurde von Polens Präsident Andrzej Duda offen kommuniziert: «Das Ziel der Übung ist klar, wir bereiten uns auf einen Überfall vor.» Der polnische Verteidigungsminister Antoni Macierewicz sprach vom Ziel, «die Fähigkeit der Allianz zur Verteidigung der Ostflanke zu testen.» Bei der Krim-Annexion und im Konflikt in der Ostukraine wandte Russland Taktiken und Strategien einer sogenannten hybriden Kriegsführung an. Die Verteidigung gegen diese Taktiken übte die Nato nun bei «Anaconda 16». Es ging also darum, Putins Russland abzuschrecken, um einen Einmarsch im Baltikum zu verhindern.

«Anaconda 16» war die grösste Übung der Nato-Staaten seit dem Ende des Kalten Krieges vor gut 25 Jahren. Ausserdem fand die Übung genau 75 Jahre nach dem Beginn des Vernichtungskrieges von Nazideutschland in Russland statt. Russland kritisierte das Manöver entsprechend scharf. Die Übung trage nicht dazu bei, eine Atmosphäre von Vertrauen und Sicherheit zu schaffen, sagte beispielsweise Kremlsprecher Dimitri Peskow. Es gebe ein Vertrauensdefizit im Verhältnis zum Westen. Insbesondere die geplante Teilnahme von Nicht-Mitgliedern der Nato wie etwa der Ukraine oder Georgien wurde vom Kreml we-

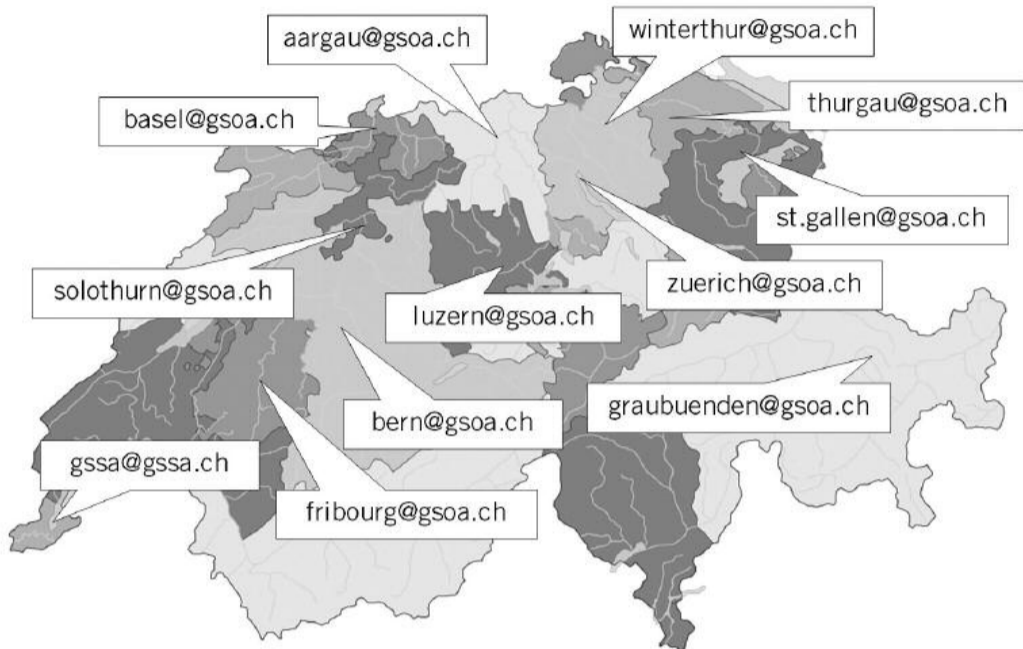
nig begeistert aufgenommen.

Wie sich «Anaconda 16» auf das Verhältnis Nato-Russland auswirkt, bleibt abzuwarten. Die Übung dürfte aber kaum zu einer Verbesserung der Beziehungen beigetragen haben. Die gegenseitigen Provokationen Russlands und der Nato bringen Europa nicht voran. Russland hat seit dem Ende des Kalten Krieges zumindest bis vor kurzem keine Grenzverschiebungen nach Westen vorgenommen, die Nato hingegen hat mit dem Beitritt der Länder im Baltikum ihre Grenzen weiter nach Osten verschoben. Schon Ende der 90er Jahre warnte John F. Kennan, ein US-amerikanischer Historiker und Diplomat, dass die Osterweiterung der Nato der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der Ära nach dem Kalten Krieg sei. Oder um es mit Willy Brandt zu sagen: Sicherheit und Frieden in Europa kann es nur mit Russland geben. Die von den USA dominierte Nato ist also weiterhin mehr Problem als Lösung. Anzufügen ist noch, dass Georgien schlussendlich nicht an der Übung teilgenommen hat, weil sich zwei georgische Soldaten zuvor bei ihren Kindern mit Windpocken angesteckt hatten. Daraufhin blieb die ganze Kompanie zu Hause.

Aktiv werden in Deiner Region **Stoppen wir die Investitionen in Rüstungsfirmen!**

Die Regionalgruppen sind das Rückgrat der GSoA. Sie beteiligen sich aktiv an den Entscheidungen der GSoA Schweiz und organisieren in eigener Regie Aktionen und Veranstaltungen. Die Teilnahme an einer Regionalgruppensitzung in Deiner Region ist ein unkomplizierter Weg, sich bei der GSoA aktiv einzubringen und zu engagieren.

Lust, aktiv zu werden? Dann melde Dich bei einer der untenstehenden Adressen. Wir freuen uns, Dich kennenzulernen!



(ms) Am 09. April 2016 hat die Vollversammlung der GSoA beschlossen, in verschiedenen Städten kommunale Initiativen zu lancieren – dafür brauchen wir Dich! Die Initiativen fordern, dass städtische Angestellte bei Pensionskassen versichert sind, die nicht in Kriegsmaterial produzierende Konzerne investieren. Fast alle angefragten kommunalen Pensionskassen investieren nämlich in Rüstungsfirmen, die sogar Atomwaffen und Streumunition herstellen – dies, obwohl die Finanzierung dieser Waffen gesetzlich untersagt ist. Bei den Pensionskassengeldern handelt es sich keineswegs um kleine Beträge.

Verhindere gemeinsam mit uns, dass mit Schweizer Pensionskassengeldern Kriegsmaterial finanziert wird und hilf mit, die nötigen Unterschriften für die Initiativen zu sammeln! Schreib dazu einfach eine Email an die betreffende Regionalgruppe oder einen Brief an GSoA Schweiz, Postfach 1515, 8031 Zürich.

Eine Investition in den Frieden!

Wie Du dieser Zeitung entnehmen kannst, planen wir für dieses und nächstes Jahr verschiedene grosse Projekte gegen die Rüstungsindustrie. Ein Grossteil der Arbeit der GSoA wird von freiwilligen AktivistInnen geleistet. Bei der Lancierung der kommunalen und nationalen Volksinitiativen sind wir aber auch auf finanzielle Mittel angewiesen. Mit jeder Spende per beiliegendem Einzahlungsschein trägst Du unmittelbar zum Erfolg der GSoA bei.

Herzlichen Dank für Deine Investitionen in den Frieden!

GREGOR.
das glückliche Gewehr
Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube:
www.youtube.com/user/GregorsGunTV



GSoA-Material...

Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname _____
 Strasse/Nummer _____
 PLZ/Wohnort _____
 Tel. _____
 E-Mail _____ E-Mail für Newsletter registrieren

Stk.	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	Peace-Button	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	Fr. 1.-	
	Waffenvernichtungsmassen Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «If war is the answer...» Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «If war is the answer...» Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Pullover «If war is the answer...»	S M L XL	Fr. 35.-	
	GSoA-Sackmesser	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	Fr. 25.-	
	Friedensfahne	PACE PEACE	Fr. 12.-	
	Soldatenzeitung Panzerknacker		kostenlos	
	Material zur AUSGESCHOSSEN!-Kampagne:			
	Kleber AUSGESCHOSSEN!		kostenlos	
	Feuerzeug AUSGESCHOSSEN!		Fr. 2.-	
	Stofftasche AUSGESCHOSSEN!		Fr. 15.-	
	Turnbeutel AUSGESCHOSSEN!		Fr. 15.-	
	Versandkostenanteil			Fr. 4.80

Ich werde GSoA-Mitglied Verdienende Fr. 100.- Nichtverdienende Fr. 50.-
 Spende Fr. _____ Fr. 50.- Fr. 20.- Fr. 10.-
 Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich

Rechnungsbetrag

Bestellung: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, www.gsoa.ch/material



Impressum

Redaktion: Felix Birchler (fb), Sebastian Büchler (sb), Michael Christen (mc), Stefan Dietiker (sd), Adi Feller (af), Daniela Fischer (df, verantwortlich), Amanda Gavilanes (ag), Mélanie Glayre (mg), Josef Lang (jl), Lewin Lempert (ll), Thomas Leibundgut (tl), Nora Komposch (nk), Eva Krattiger (ek), Magdalena Küng (mk), Michel Monod (mm), Martin Parpan (mp), Seraina Patzen (sp), Nikolai Prawdzc (np), Rahel Ruch (rr), Tobia Schnebli (ts), Renate Schoch (rs), Meret Schneider (ms), Andreas Weibel (aw)

Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili **Druck:** ROPRESS Zürich **Auflage:** 20000, mindestens viermal jährlich **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-**
 Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- PC-Konto: PC 40-37315-5

Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer CreativeCommons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.